

Zwischenbericht

Generalleutnant a.D. Karl-Heinz Schmalfuß
ehem. Stellv. des Ministers des Innern der DDR

In **ISOR aktuell** Nr. 11/2010 wurde eine »Erklärung ehemals leitender Angehöriger der Ministerien des Inneren, für Nationale Verteidigung und für Staatssicherheit zu den Rentenkürzungen nach dem 1. Änderungsgesetz zum AAÜG« veröffentlicht.

Die Erklärung nimmt gegen den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 6. Juli 2010 Stellung, wonach dieses Gericht die Kürzung der Rentenansprüche für den im 1. Änderungsgesetz genannten Personenkreis auch weiterhin für verfassungsgemäß hält.

In der Begründung hat das Gericht Prämissen wieder aufgegriffen, die unserer Auffassung nach einem rechtsstaatlichen Verfahren zutiefst wesensfremd sind. Offensichtlich soll damit das Recht erhalten, verfahrenepolitische Lösungen plausibel zu machen.

Die Erklärung spricht deutlich aus, dass selbst nach mehr als 20 Jahren den ehemaligen Amtsträgern der DDR angelastet wird, dass sie einem anderen Staat dienten und es an der Zeit ist, auch diese Form des Kalten Krieges zu beenden. Deshalb wird vom Deutschen Bundestag erwartet, dass er einen Schlussstrich unter diese Diskriminierungen setzt.

ISOR hat diese Erklärung einem breiten Kreis von Funktionsträgern und Institutionen zugeleitet: dem Bundespräsidenten, dem Bundestagspräsidenten, der Bundeskanzlerin, der Präsidentin des Bundesrates, allen Fraktionen und den Vorständen der im Bundestag vertretenen Parteien, den Präsidenten und den Landtagspräsidenten der Ostdeutschen Bundesländer und den Fraktionen der in den Landtagen vertretenen Parteien, den Vorständen der im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden vereinten Organisationen sowie einer Reihe von Sozialverbänden.

Antworten sind bis zum 31.01.2011 vom Bundestag, drei Ministerien, den Regierun-

gen von vier Ländern sowie von einer Partei und der Fraktion dieser Partei im Bundestag eingegangen.

Ein Blick in die Antworten ist aufschlussreich. Vom Petitionsausschuss des Bundestages wird mitgeteilt, dass der Präsident des Bundestages die Erklärung dem Petitionsausschuss übergeben habe. Es sei ein Petitionsverfahren eingeleitet worden, nach dessen Abschluss uns weitere Nachricht zugeleitet werde.

DIE LINKE (Dr. Gesine Lötzsch) und ihre Fraktion im Bundestag (Dr. Gregor Gysi) versichern, dass sie auch weiterhin zur Beseitigung des Strafrechts im Rentenrecht vorgehen.

Das Bundesministerium für Verteidigung hat die Erklärung zuständigkeitshalber an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales übergeben. Dieses bestätigt das und erklärt seinerseits, dass es schon aus Gründen der Gewaltenteilung keine Bewertung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichtes vornehme. Eine ähnliche Auffassung vertritt auch das Bundesministerium der Justiz.

Die Regierungen der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt bzw. die Landtage dieser Länder haben die Erklärung zur Information den Fraktionen bzw. Ausschüssen zugeleitet. Sie verweisen darauf, dass in Rentenfragen der Bund zuständig sei.

Die Antworten mögen mager erscheinen, dennoch dürften sie die derzeitige Situation widerspiegeln. Unsere Erklärung ist für viele unbequem, man weiß mit ihr nichts Rechtes anzufangen. Sie wird von vielen ignoriert, einer schiebt die Verantwortung dem anderen zu. Meinungsäußerungen oder Kommentare unterbleiben. Lediglich die Partei DIE LINKE und ihre Fraktion im Bundestag unterstützen uns auf direkte Weise.

Man kann es drehen und wenden wie man will: das Rentenstrafrecht muss weg. Der Weg dorthin ist schwierig und steinig, ISOR kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Wir brauchen viele Verbündete, mit denen wir das gemeinsam schaffen müssen. Was den § 6 Abs. 2 Ziff. 4 betrifft, so ist der innerstaatliche Rechtsweg erschöpft, es bleibt der politische Weg über den Bundestag. Für die Fälle des § 7 AAÜG ist der juristische Weg zwar noch offen, doch auch sie brauchen letztendlich den Bundestag. Das bedeutet, dass die Mehrzahl seiner Abgeordneten von der Rechtmäßigkeit unseres Anliegens überzeugt werden muss – ein zweifellos schwieriges Unterfangen. Dazu bedarf es vielfältiger Initiativen und aktiven Handelns. Sorgfältig müssen wir alle zusammen überlegen, wie wir diese überaus komplizierte Aufgabe lösen können.

Die damit verbundenen Anforderungen sind hoch und erfordern Mut, wir dürfen nicht vor ihnen zurückschrecken. Den Dialog mit Andersdenkenden müssen wir suchen und dabei alle gebotenen Möglichkeiten nutzen. Besonders wichtig sind persönliche Kontakte mit den Bundestagsabgeordneten und ihren Parteien. Dabei werden wir Erfolge zu verzeichnen haben, die uns freuen, aber auch Misserfolge, von denen wir uns nicht entmutigen lassen dürfen.

Das Jahr 2011 bietet viele Möglichkeiten des Dialogs. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang besonders die Wahlen und andere Ereignisse. Bestimmte Medien werden den 50. Jahrestag des 13. August 1961 nutzen, um auf breiter Front gegen uns mit den Stereotypen »SED-Diktatur«, »Stasi-Repression« und »Stalinismus« vorzugehen. Lassen wir uns von Kalten Kriegern nicht irre machen und setzen offensiv unsere sachlichen Argumente dagegen. □



Allen ISOR-Frauen übermitteln wir herzliche Grüße zum 100. Jahrestag des Internationalen Frauentages.

Angleichung des Rentenwertes Ost ist überfällig

Eberhard Rehling und Karlheinz Wunderlich

Sprecher des Sozialen Arbeitskreises Berlin-Treptow-Köpenick

So lautet die Überschrift einer Presseerklärung des Präsidenten der Volkssolidarität vom 3. Februar 2011.

Er stellt fest, dass nunmehr auch eine politische Lösung für die Angleichung des Rentenwertes Ost an den der westlichen Bundesländer fällig ist. Er erinnert an das Versprechen der Kanzlerin auf dem 9. Deutschen Seniorentag im Juni 2009, in der ersten Hälfte der aktuellen Legislaturperiode in dieser Richtung aktiv zu werden. Wenn ihr Wort etwas gilt, so muss nun bald ein akzeptabler Vorschlag auf den Tisch kommen.

Wir müssen diese Forderung nachdrücklich unterstützen. Es geht nicht nur um die Lebensverhältnisse von uns Alten, denen man offensichtlich die biologische Lösung zumuten möchte. Nein, auch die kommenden Rentergenerationen sind betroffen. Wer am 18. Mai 1990 in der DDR gelebt hat, dessen Rente wird nach gegenwärtiger Rechtslage mit dem Rentenwert Ost berechnet, auch wenn sie oder er heute nicht mehr im Beitrittsgebiet lebt. Weil das viele der Betroffenen nicht wissen, deshalb müssen wir es ihnen sagen. Die Regierungsparteien, die SPD und die GRÜNEN werden es ihnen weiterhin verschweigen und in den Medien kommt diese Tatsache auch nicht vor.

Wir sollten das Bemühen der Linksfraktion im Bundestag – unserem einzigen Verbände-

ten dort – außerparlamentarisch wirksam unterstützen. Auch sollten wir das Bündnis, bestehend aus der Gewerkschaft ver.di, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Sozialverband Deutschlands, dem Seniorenverband BRH im Deutschen Beamtenbund für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern bei Beibehaltung der Hochwertung der Ost-Arbeitsentgelte weiter unterstützen.

Wir müssen aber auch selbst aktiv werden, jede und jeder Einzelne. Wir müssen es lernen, unsere Interessen in die eigenen Hände zu nehmen, auch auf der Straße bei Demonstrationen. Nutzen wir alle Möglichkeiten, die wir haben! Suchen wir die Abgeordneten in ihren Sprechstunden auf, schreiben wir ihnen! Machen wir unsere Forderungen gegenüber der Bundesregierung, den Regierungen der neuen Länder sowie den Fraktionen im Deutschen Bundestag deutlich. Grundlegende Unterlagen dazu finden wir auch auf der website des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden www.okv-ev.de. Und wenn wir das allein nicht schaffen, weil wir vielleicht mit dem Internet Probleme haben, dann lassen wir uns von den Enkeln helfen. Sie lernen etwas über Sozialpolitik und wir über moderne Technik – ein echtes Zusammenwirken der Generationen.

Aus der Arbeit des Vorstandes:

Der Vorstand diskutierte eine Konzeption zur Würdigung des 20. Jahrestages der ISOR e.V. Es ist vorgesehen, eine zentrale Veranstaltung mit Vertretern der TIG in Berlin durchzuführen, die zugleich den Charakter eines Arbeitstreffens und einer Informationsveranstaltung haben wird.

Daneben soll es dezentrale Veranstaltungen im Zeitraum von Mai bis Oktober 2011 geben. Zu empfehlen ist, dass diese in größeren TIG unter Einbeziehung von TIG aus dem Umland bzw. als gemeinsame Veranstaltungen kleinerer TIG organisiert werden. Langjährige Mitglieder von ISOR, die sich bei der Entwicklung und Festigung unseres Vereins besondere Verdienste erworben haben, sollen bei diesen Veranstaltungen für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit geehrt werden.



Horst Parton informierte über eine Sitzung des Präsidiums des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V., in der die Arbeitsschwerpunkte des OKV für das Jahr 2011 festgelegt wurden. U. a. soll unter Berufung auf das 2011 wirksam werdende Zusatzprotokoll zum Menschenrechtspakt der Vereinten Nationen und der daraus abgeleiteten Losung »Frei von Not und Furcht« der Kampf gegen Sozialabbau und Kriegsgefahr fortgeführt und am 3. Oktober 2011 eine erneute Protestveranstaltung einberufen werden.



Der Schatzmeister legte dem Vorstand den Bericht über die Erfüllung des Finanzplanes 2010 und den Finanzplan für 2011 vor. Obwohl auch 2010 die Ausgaben des Vereins wiederum höher waren als die Einnahmen, ist die finanzielle Basis der ISOR solide abgesichert. Infolge sinkender Mitgliederzahlen ist künftig mit geringeren Einnahmen zu rechnen. Sparsamkeit im Umgang mit finanziellen Mitteln ist weiterhin geboten, ohne Abstriche bei den für die Wirksamkeit und den inneren Zusammenhalt der ISOR notwendigen Aufwendungen.



Die Tradition gemeinsamer Mitgliederversammlungen der TIG **Berlin-Treptow** und **Berlin-Köpenick** fand am 12. Februar 2011 ihre Fortsetzung. Dazu waren die stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Horst Bischoff und Dr. Rainer Rothe sowie der Landesbeauftragte für Berlin, Dr. Gerhard Dylla, eingeladen. Aus den territorialen Strukturen der GRH und GBM, der Volkssolidarität und des Sozialen Arbeitskreises waren die Freunde Konstantin Brandt, Harald Nestler, Klaus

Schulz, Prof. Dr. Georg Grasnack und Eberhard Rehling unserer Einladung gefolgt. Was Rainer Rothe mit seinen einführenden Worten »Es ist kalt geworden in diesem Lande« hinsichtlich auch der juristischen Vorgänge ausdrückte, erläuterte Horst Bischoff anhand der gesellschaftspolitischen Vorgänge. Er nahm den Anwesenden die Illusion, dass mit einer schnellen Entscheidung zu rechnen ist. Und in dieser Situation stören wir ungemein mit unserem solidarischen Zusam-

menstehen. Sein Dank galt besonders denen, die weiterhin solidarisch, obwohl längst keine Straffrentner mehr, in ISOR verbleiben, damit zur gewachsenen Autorität beitragen und denen, die durch gewissenhafte Kassierungstätigkeit die finanzielle Handlungsfähigkeit unseres Sozialvereins mit ermöglichen.

Die politischen Angriffe gegen alles Linke nehmen zu, und vieles richtet sich direkt gegen uns. Doch sind wir gut platziert und wissen verlässliche Partner an unserer Seite. Ein sorgsamer Umgang mit allen sozialen Bündnissen und eine solidarische Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE als Partner auf parlamentarischen Wegen ist notwendiger denn je. Weitere Verbündete müssen, ohne dabei Berührungsängste zu haben, gesucht werden. Der Weg und die bisherige Wirkung unserer von über 73.500 Unterschriften gezeichneten Petition zeigt Erfolge und führte u.a. zur öffentlichen Anhörung im Bundestag. Denen da Oben muss klar werden, ohne Lösung unseres Problems gibt es keinen Rechtsfrieden, und wir wissen, dass allein durch Petitionen noch keine rechtliche Änderung geschaffen wird.

Diesen entscheidenden Weg zeichnete auch Rainer Rothe mit anschaulichen Beispielen aus der Praxis der Sozialgerichte. Auch am Beispiel der Hartz IV-Praxis werde immer mehr deutlich, dass die Politik alle Entscheidungen in die Hand der Obersten Gerichte legen möchte. Eine zutiefst schizophrene Situation dieses sogenannten Rechtsstaates. Umso deutlicher berufen wir uns auf das Grundgesetz, vor allem auf seine Artikel 1 und 3.

Mehrere tausend Verfahren, drei Verfahren am Bundessozialgericht in Kassel, die § 7 des AAÜG infrage stellen, die aufgezeigte Wirkung unserer Petition, all das ist die notwendige Schwungmasse, mit der wir uns auf den Weg zum Bundesverfassungsgericht befinden. Egal, welche Entscheidung gesprochen wird, eine Erfolgsgarantie kann nicht gegeben werden.

Diskussionsbeiträge machten aufmerksam, dass das Rentenstrafrecht nur ein Bestandteil des Rentenunrechts insgesamt ist. Die Ostrentner – auch die künftigen – sind mit –3,07 € / Entgeltspunkt gegenüber den Westrentnern weiterhin minderbewertet. Und auch, dass weitere bisher nicht anerkannte Einkommensbestandteile durchaus des Kampfes wert sein können.

Unser verdienstvoller TIG-Vorsitzender Karl Jaschob, von Anfang an im Vorstand, seit 1993 an dessen Spitze, wurde aus Gesund-

heitsgründen ehrenvoll von Horst Bischoff und von allen Anwesenden aus dieser Funktion verabschiedet. Wilhelm Schönheit tritt seine Nachfolge an. Er dankte abschließend allen, die aktiv in der TIG wirken und rechnet weiter mit ihnen.

Eine kritische Anmerkung eines ehemaligen Grenzers in der Diskussion, Mitglied im TIG-Vorstand, sollte abschließend erwähnt sein. In ungebrochener Solidarität mit den Noch-Betroffenen – und er selbst ist persönlich sehr engagiert – wünscht er sich, dass gerade diese Betroffenen in seinem Betreuungsbe- reich sich noch aktiver in die gemeinsame Arbeit einbringen.

Diese Versammlung sollte unserer Arbeit neue Impulse geben und die Bereitschaft zum aktiven Mittun geweckt haben.

Helmut Holfert

Anmerkung:

Angeregt vom Verlauf dieser Versammlung hat Manfred Wild uns seine persönlichen Überlegungen übersandt, die wir im Abschnitt »Postmappe« veröffentlichen.



Die roten Schnürsenkel – ISOR geht wandern

Anlässlich einer schönen erlebnisreichen Wanderung von Mitgliedern der TIG Dresden im tschechischen Nachbarland entstand der Gedanke, solche Wanderungen auch in unserer näheren Umgebung zu organisieren. Dieser Gedanke fand unter den Wanderlustigen allgemeine Zustimmung, so dass sich Peter Müller, unser bewährter Wanderleiter, auch bereit erklärte, solche Wanderungen vorzubereiten.

Die Idee, auch in der näheren Umgebung Dresdens zu wandern, wurde im Mai 2001 geboren, und schon im August fand die erste Wanderung statt. Sie fand eine unerwartet große Resonanz, so dass die zunächst »probeweise« anberaumten Termine sofort breite Zustimmung fanden. Auch ein Name wurde bald gefunden: »Rote Schnürsenkel«, kreiert von Eberhard Kunze in seinen humorvollen Schilderungen unserer Wanderungen.

Am 30. März 2011 führt nun unsere Wandergruppe »Rote Schnürsenkel« der TIG Dresden ihre 100. Wanderung durch.

Begonnen hat es mit Wanderungen durch die Dresdner Heide, ein abwechslungsreiches und zum Teil romantisches Waldgebiet von ca. 5000 Hektar im Norden unserer Stadt. Nachdem viele Wanderwege in der Dresdner Heide erkundet wurden und auch weiter erkundet

werden, machten sich die »Roten Schnürsenkel« mit interessanten und geschichtsträchtigen Stadtteilen Dresdens vertraut. Neben der körperlichen Betätigung geht es auch darum, unsere Heimat, die Natur sowie geschichtliche und kulturhistorische Gegenden unserer unmittelbaren Umgebung besser kennenzulernen. So ist es nicht verwunderlich, dass die Wege der Wandergruppe auch in die weitere Umgebung Dresdens führten, so nach Moritzburg, Meißen, Freital, Gottleuba, Tharandt und viele andere Orte.

Unser rühriger Wanderleiter Peter Müller hat nicht nur alle Wege vorher erkundet, sondern auch alle Wanderungen dokumentiert und in fünf Broschüren alle Routen und Wanderwege, die geschichtlichen Stätten mit Fotos, Wegezeichen und anderem für alle Interessenten nachlesbar zusammengefasst.

Als wir vor ca. 20 Jahren 5-Tage-Fahrten in das tschechische Nachbarland begannen, hatte wohl keiner daran gedacht, dass sich diese Veranstaltungen noch heute so großer Beliebtheit erfreuen. Sie tragen neben anderen Veranstaltungen der TIG wesentlich zum Zusammenhalt der Mitglieder und ihrer Ehepartner bei und geben ihnen die Kraft, unseren nicht einfachen Kampf um Rentengerechtigkeit durchzustehen.

Charlotte Staudte

Aus der Postmappe:

Wir nehmen Bezug auf den Artikel von Karl Bachmann in **ISOR aktuell** 2/2011. In diesem Artikel wird die westdeutsche Friedensbewegung der 50-er bis 70-er Jahre erwähnt. Wir sind der Meinung, dass darüber hinaus einige weitere Erläuterungen die Problematik verdeutlichen können.

In dem bis dahin größten und langwierigsten politischen Strafprozess in der BRD vom 10. Nov. 1959 bis 8. April 1960 wurden sieben Mitglieder der westdeutschen Friedensbewegung der »Rädelsführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung« nach dem seinerzeit gültigen StGB der BRD angeklagt. In diesem Prozess standen den Angeklagten bekannte Rechtsanwälte aus Ost und West wie Friedrich Karl Kaul sowie der britische Kronanwalt Denis Noel Pritt zur Seite. Dieser Prozess wurde von der Bundesregierung als Schauprozess und wohl auch zur Abschreckung

➤ ➤ ➤ Fortsetzung von Seite 3

anderer linker Parteien und Organisationen geführt. Die Bundesregierung reagierte nicht einmal auf die Proteste aus dem Ausland wie z.B. von Nikita Chruschtschow und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Rechtsausschusses des italienischen Parlaments Dr. Lucio Luzzatto.

Einer der Angeklagten, Erwin Eckert (Badischer Pfarrer und KPD-Mitglied), wurde bereits in der NS-Zeit wegen seiner politischen Aktivitäten verfolgt, zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt und mit Berufsverbot belegt. Von Rehabilitation seiner Strafen aus der NS-Zeit keine Rede. Dieses Berufsverbot wurde in der BRD aufrecht erhalten. Nach 56 Verhandlungstagen wurden am 6. April 1960 die Angeklagten wegen Staatsgefährdung für schuldig befunden und letztlich zu Gefängnisstrafen auf Bewährung verurteilt.

Anhand dieses Prozesses, der nun schon über 50 Jahre zurückliegt, aber an Aktualität in der Prozessführung nichts verloren hat, wird deutlich, dass die bundesdeutsche Politik im Auftrag des Kapitals mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, fortschrittliche Strömungen zu unterdrücken und zu vernichten.

**Olaf Westphal und
Manfred Pietschmann, Rügen**

★

Ungeduld ist eine stumpfe Waffe, Nichtstun aber gar keine!

Als Mitglied der TIG Köpenick und ihres erweiterten Vorstandes war ich selbstverständlich Teilnehmer der gemeinsamen Mitgliederversammlung der im Berliner Stadtbezirk Treptow/Köpenick benachbarten TIG. Mit großem Interesse habe ich die Ausführungen der beiden stellvertretenden ISOR-Vorsitzenden, Prof. Dr. Horst Bischoff und Rechtsanwalt Dr. Rainer Rothe verfolgt.

Horst Bischoffs Ausführungen waren, wie von ihm gewohnt, nicht nur aktuell informa-

Von Mitglied zu Mitglied:

Urlaub auf Usedom – Vermiete gemütliche FEWO im **Ostseebad Koserow** ganzjährig für 2 Personen/NR und FEWO in **Zempin** für 2 Personen/ NR von Mai bis Oktober; keine Haustiere
Tel. 038377 40091

tiv, zudem nüchtern und realistisch, zugleich aufmunternd und wegweisend, in der Art und Weise, wie er sie vorgetragen hat, für die Versammlungsteilnehmer wohltuend und aufrüttelnd.

Der Exkurs Rainer Rothes in die wenig differenzierte Argumentation der Sozialgerichte in einigen neuen Bundesländern zu gegenwärtig anstehenden Verfahren in Rentenstrafsachen war außerordentlich aufschlussreich und ernüchternd, aber dennoch nicht deprimierend. Schließlich sind wir mit unseren rechtlichen Ansprüchen zunächst bis zum Bundessozialgericht vorgedrungen. Und damit ist die Chance gegeben, erneut das Gericht der »roten Roben« mit neuen rechtserheblichen Tatsachen zu konfrontieren, wozu es uns seinerzeit selbst »animiert« hat.

Beide Vorträge haben mich persönlich veranlasst, Fragen und Überlegungen zu überdenken, die aus Unzufriedenheit und Ungeduld über die bisherige politische und juristische Reaktion auf die von ISOR initiierte Petition an den Bundestag und auf die beim Bundessozialgericht anhängigen Verfahren entstanden waren.

In den Ausführungen beider Referenten wurde im Hinblick auf die politische Gesamtsituation in der Bundesrepublik deutlich und überzeugend sinngemäß klargestellt:

Wenn wir im Kampf um unsere Rentenrechte noch etwas Erfüllbares erwarten wollen, müssen wir auch warten können. Ungeduld ist eine stumpfe Waffe!

Gewiss, die Geduld der vom Rentenstrafrecht Betroffenen wurde nun schon rund zwei Jahrzehnte strapaziert und Geduld ist wie ein Gummiband nur begrenzt ausdehnbar. Aber machen wir das, was wir im Falle eines völlig ausgedehnten Gummibandes normalerweise tun würden. Entweder wir benutzen ein neues oder verkürzen es. Keinesfalls aber würden wir die Hosen bis zur Entblößung herunter rutschen lassen.

»Geduld haben« verstehe ich aber auch nicht so, dass wir uns in eine gemütliche Couchecke setzen, die Hände in den Schoß legen und auf die »Lottozahlen« aus Karlsruhe warten. Wir sollten die Zeit des »Wartens« nutzen, um zumindest einer menschlich urteilsfähigen Öffentlichkeit und vielleicht auch objektiv urteilswilligen Richtern wissen zu lassen, dass wir ehemaligen »Sicherheits-Dienstleister« der DDR keine »Teufelsgeburten« waren und sind, wie es uns institutionell und medial massiv fortwährend angedichtet wird.

Nehmen wir in die gemütliche Couchecke einen Schreibblock und ein Schreibgerät mit und halten hier unsere Biografien fest. Vielleicht ist der eine oder andere trotz fortgeschrittenem Alter auch noch ein Computerfreak und kann seine Word-Dateien mit seiner Biografie erweitern.

Angesichts der erfreulichen Tatsache, dass sich immer mehr Verlage und Verleger, Presseorgane und Journalisten, Vereine und deren Vorstände, wagen, »heiße Kartoffeln anzufassen«, wird sich gewiss auch ein »Mutiger« finden, der sich mit unseren Lebensberichten, in welcher Form auch immer, »unter die Massen« begibt und deutlich macht, dass wir zu ihnen gehören.

»Warten« darf mithin nicht heißen: Nichts tun. Wir sollten nicht stillhalten und uns nicht weiterhin als Menschen unwürdig behandeln lassen, nur, weil wir einen Teil unseres Lebens gesetzestreu mit einer weltweit zwar unpopulären, aber ebenso weltweit leider noch nicht weg zu denkenden Tätigkeit ausgefüllt haben. Eine öffentliche Gegendarstellung über unser persönliches Leben tut not.

Primär Artikel 1 und 3 des BRD-Grundgesetzes geben uns das Recht dazu.

Manfred Wild, TIG Köpenick

★

Die Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora, eine Vereinigung ehemaliger Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald, von Hinterbliebenen und Antifaschisten, die sich dem Schwur von Buchenwald verpflichtet haben, trifft sich am 16. und 17. April 2011 aus Anlass des 66. Jahrestages der Selbstbefreiung der Häftlinge am 11. April 1945, um das Vermächtnis der Buchenwalder zu pflegen und zu wahren.

Das Internationale Komitee Buchenwald-Dora und Kommandos veranstaltet am 17. April um 13.30 Uhr eine Kundgebung auf dem Appellplatz. Bereits um 10.00 Uhr kommen die deutschen Teilnehmer im Kinosaal zusammen und beteiligen sich nach der Kundgebung an der Kranzniederlegung am Glockenturm.

Alle, die sich dem Kern des Schwures der 21.000 vom 19. April 1945 »eine neue Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel« verpflichtet fühlen, sind zu den Veranstaltungen herzlich eingeladen.

**Prof. Dr. Erhard Pachaly
Mitglied der LAG Buchenwald-Dora**

Auf dem Büchermarkt:**Bürgerrechte & Polizei / CILIP 96
Grenzüberschreitungen – Polizei
unterwegs**

(Heft 2/2010 der Publikationsreihe des »Instituts für Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit e.V.«, Berlin, 112 Seiten)
Vertrieb: Verlag CILIP, c/o FU Berlin, Malteserstr. 74 – 100, 12249 Berlin
(Bestellungen: Tel. 030 / 838 –70462, Fax 030 / 775 10 73 oder mail: vertrieb@cilip.de) / Preis: 8,- €

In den letzten Jahrzehnten haben sich Formen und Methoden des internationalen und des grenzüberschreitenden Einsatzes von Polizei deutlich vermehrt. Die Autoren der vorliegenden Publikation thematisieren in kritischer Betrachtung Aspekte und Probleme des grenzüberschreitenden Einsatzes deutscher und anderer Polizeien in der Kriminalitätsbekämpfung sowie multinationaler und grenzüberschreitender polizeilicher Sicherheitseinsätze besonders zu bzw. anlässlich politischer Großveranstaltungen (internationale Protestbekundungen aus Anlass von Gipfeltreffen; Umweltproteste; Castor – Transporte) und von Sportveranstaltungen (insbesondere Fußballspiele). Sie machen bedenkliche Eingriffe in Souveränitätsrechte

aus und problematisieren Verletzungen von Grundrechten.

Sie weisen in weiteren, sehr anregenden Beiträgen auf bedenkliche Entwicklungen polizeilicher Einsätze in Krisengebieten hin, wenn Grenzen polizeilicher und militärischer Option verwischt und z.B. überlegt werde, künftig Truppen der Bundespolizei oder der GSG 9 unter militärisches Kommando zu stellen. Seit 2002 werde in Afghanistan eine Polizei aufgebaut, bei der es sich weniger um eine zivile Polizei als um paramilitärische Einheiten handelt, die sich vor allem durch ihre Bestechlichkeit und Brutalität gegenüber der Bevölkerung auszeichne und der NATO als billige Bodentruppen im Krieg gegen die Aufständischen diene, also eine Bodentruppe der Besatzung sei. (S. 50 ff.).

Ziel polizeilicher Ausbildungs- und Ausbildungshilfe sei der Export von Staatlichkeit, wodurch örtliche Sicherheitskräfte an die Geberländer angebunden werden, um eine deren Interessen entsprechende Ordnung herstellen und aufrecht zu erhalten (S. 34 ff.). Die sehr aufschlussreiche Publikation wendet sich besonders an das politische und das Fachinteresse von Militärs, Polizeifachleuten und Juristen auf Gebieten des Völkerrechts und des Rechts zwischenstaatlicher Beziehungen.

★

Herbert Graf

**Interessen und Intrigen: Wer spaltete
Deutschland? Ein Exkurs über internationale
Beziehungen**

(edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2011) 319 Seiten, Preis 14,95 €
ISBN 978 – 3 - 360 - 01818 - 2

Mit gesicherten und neu erschlossenen Dokumenten begründet der Autor den Einfluss der Großmächte auf die innere Entwicklung der beiden deutschen Staaten, benennt die Urheber der Teilung Deutschlands und vermittelt einen Blick auf die Interessen und Intrigen auch von Geheimdiensten, die dabei im Spiele waren.

Das Buch erhellt Chancen und Schwierigkeiten einer demokratischen Nachkriegsentwicklung und ist eine Hommage an die deutschen Kommunisten und andere Patrioten, die den Versuch eines Weges zum Sozialismus wagten. Prof. Dr. Herbert Graf war annähernd zwei Jahrzehnte Mitarbeiter Walter Ulbrichts. Seine staatswissenschaftlichen und zeithistorischen Veröffentlichungen fanden international Beachtung. Einige wurden in mehrere Sprachen übersetzt. 2008 legte er seine vielbeachteten Erinnerungen »Mein Leben. Mein Chef Walter Ulbricht. Meine Sicht der Dinge« vor.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 23.02.2011

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.03.2011

Einstellung im Internet: 08.04.2011

Auslieferung: 14.04.2011

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. – Postfach 700423 – 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden 1. und 3. Donnerstag d.M. von 15 bis 17 Uhr